

Inhaltsverzeichnis

Grundsatzprogramm 01 - Das Selbstverständnis der Piraten Dresden.....	2
Programm-Antrag 01 - Die Piraten Dresden streben eine Vorreiterrolle der Stadt Dresden im Bereich des Mobile Crowdsourcing (mobile Schwarmintelligenz) an.....	3
Programm-Antrag 02 - Begrünter Nahverkehr.....	5
Programm-Antrag 03 - Alkoholkonsumverbot ist auch keine Lösung.....	5
Variante 1.....	5
Variante 2.....	5
Programm-Antrag 04 - Freifunk und Breitbandnetze.....	5
Programm-Antrag 05 - Bürgerpartizipation.....	6
Programm-Antrag 06 - Dezentrales Asyl.....	6
Programm-Antrag 07 - Fahrscheinloser ÖPNV.....	7
Programm-Antrag 08 - Echte Barrierefreiheit.....	7
Progamm-Antrag 09 - OpenDresden – die gläserne Verwaltung.....	8
Positionspapier 01 - Zukunftsorientierte Verkehrs-, und Verkehrswegeentwicklungs politik für Dresden.....	8
Positionspapier 02 - Dezentrale Patientenversorgung.....	9
Positionspapier 03 - Vernetzung von Senioren fördern.....	9
Positionspapier 05 - Runder Tisch städtische Krankenhäuser.....	10
Positionspapier 07 - Neues Konzerthaus für Dresden.....	11
Positionspapier 08 - Umbenennung von Straßen.....	11
Positionspapier 09 - Keine Bedienung für Nazis.....	12
Positionspapier 10 - Städtische Einnahmen an Zweck binden.....	13
Positionspapier 12 - Kommunale Kulturflatrate.....	14
Positionspapier 13 - Liquid Mobility.....	15
Positionspapier 15 - Straßen- und Gehwegpatenschaften.....	17
sonstiger Antrag 01 - GO des Vorstandes soll streaming mit aufnehmen.....	17
sonstiger Antrag 02 - Crew Konzept Dresden.....	18
sonstiger Antrag 03 - Streichung von Positionspapieren.....	18
Satzungsänderungs-Antrag 01 - §13 Salvatorische Klausel.....	20
Satzungsänderungs-Antrag 02 - §2 Mitgliedschaft.....	20
Satzungsänderungs-Antrag 03 - § 7 Urabstimmung.....	20
Satzungsänderungs-Antrag 04/01 - §4 Gliederung.....	22
Satzungsänderungs-Antrag 04/02 - §4 Gliederung.....	22
Satzungsänderungs-Antrag 05 - Gliederung der Satzung.....	23
Satzungsänderungs-Antrag 06 - §11 Finanzen.....	23
Satzungsänderungs-Antrag 07 - § 7 Urabstimmung.....	24
Satzungsänderungs-Antrag 08 - §2 Mitgliedschaft.....	25

Programmanträge

Grundsatzprogramm

Grundsatzprogramm 01 - Das Selbstverständnis der Piraten Dresden

Antragssteller: Christian Prade, Florian Andreas Vogelmaier, Marcel Ritschel und Gregor Schäfer

Die freie Entwicklung des Menschen in Selbstbestimmung, Würde und in Solidarität mit Anderen steht für uns im Zentrum aller Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Bildung. Damit vertreten wir das, was die Gründungsväter unserer Republik im Grundgesetz festhielten.

Die zunehmende Globalisierung und die Digitalisierung aller Lebensbereiche eröffnen neue Chancen für die freie Entfaltung aller Menschen. Zugleich können sie die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise einschränken.

Die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit durch Digitalisierung und Vernetzung stellt deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft.

Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen.

Die Piratenpartei versteht sich daher als Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Wohle aller mitgestalten will.

Dabei sind wir Piraten in Dresden keine homogene Masse, sondern wollen als einzelne Gruppen sowohl in die Gesellschaft hineinwirken, indem wir mit Menschen auf Demonstrationen, Bürgerversammlungen und anderen Veranstaltungen im öffentlichen Raum diskutieren, uns in Vereinen und Bürgerinitiativen engagieren, aber auch durch konkrete Anträge und Anfragen an die Stadtverwaltung auf die Dresdner Kommunalpolitik einwirken.

Im Stadtrat selbst werden die Piraten mit allen demokratischen Fraktionen zielorientiert zusammenarbeiten und auf parteiübergreifende Kompromisse hinarbeiten, um auch langfristig angelegte Projekte zu verwirklichen.

Wahlprogramm

Programm-Antrag 01 - Die Piraten Dresden streben eine Vorreiterrolle der Stadt Dresden im Bereich des Mobile Crowdsourcing (mobile Schwarmintelligenz) an.

Antragssteller: Björn Kohlsdorf

Begründung:

Crowdsourcing hat in den letzten Jahren immer mehr Bedeutung erlangt, sei es Wikipedia, Crowdfoounding wie bei „Kickstarter“ oder „Start Next“ oder Design-Crowdsourcing Plattformen wie 12designer. Durch die immer größere Verbreitung von Smartphones ist in letzter Zeit ein starker Trend in das mobile Umfeld entstanden. Durch das ortsunabhängige Nutzen von Smartphonefunktionen wie Kompass, GPS und den anderen Sensoren können Handy-Nutzer von allen möglichen Orten aus Daten senden und an entsprechende Websites oder Dienste weiterleiten. Diese Daten kann die Stadt für sich nutzen, wie unten angeführte Beispiele zeigen, und spart sich gleichzeitig teure Infrastruktur um solche Daten selbst erheben zu können. (1)

Beispiele:

Die Stadt Zürich bietet ihren Bürgern eine Online-Plattform und eine iPhone-Applikation an, bei denen die Bürger die Möglichkeit haben, auf Mängel und Schäden in der städtischen Infrastruktur hinzuweisen. Sei es ein Loch im Straßenbelag, Vandalismus oder eine kaputte Straßenlampe bis hin zu defekten Billett-Automaten (ZVV). Die Vorschläge müssen einfach im Zusammenhang mit der städtischen Infrastruktur sein.

Die registrierten Bürger können dann Fotos vom Ort des Geschehens mit der Ortsangabe (GPS) per Smartphone (z. B. iPhone) auf der Internetseite eintragen / posten. Wer über kein Smartphone verfügt, hat dieselben Möglichkeiten direkt auf der Internetseite (Foto hochladen, Standort auf Google Maps eintragen).

Die Stadt Zürich moderiert die ganze Online-Plattform und leitet die Mängel oder Verbesserungsvorschläge an die zuständigen Ämter weiter. In Zeiten von Sparprogrammen der städtischen Verwaltung wegen Finanznöten könnte zusätzlich die Funktion "Private Sponsoren" eingeführt werden. Private Bürger können die Patenschaft eines Mangels übernehmen und die städtischen Ämter koordinieren die Umsetzung durch eine private Baufirma. Der Gönner wird dann namentlich genannt oder kann anonym bleiben. Die durch die Stadt umgesetzten Vorschläge der Bürger werden dann als "gelöst" markiert.

Nutzen Ihrer Idee:

Die Stadtverwaltung hat selber gar nicht die Möglichkeiten (Ressourcen) die ganze Infrastruktur immer und 24h zu überwachen und alle Mängel und Schäden zu entdecken. Darum können Bürger bei der Aufdeckung solcher Mängel helfen, indem sie über die iPhone-Applikation oder Online-Plattform neue Beiträge erfassen. Somit hat die Stadt Zürich die Chance die Qualität ihrer Infrastruktur auf einem hohen Niveau zu halten und die Bürger profitieren dann von der Instandsetzung der Mängel und eben auch von einer qualitativ-hohen Infrastruktur. Eine klassische Win-Win-Situation. (2)

Ein zweiter wichtiger Bereich stellt dabei auch das Thema Verkehr dar. Für San Francisco gibt es beispielsweise die App „Waze“ in der von allen App-Besitzern automatisch die Verkehrsdaten ausgewertet und mit den anderen Nutzern geteilt werden. Wer steht im Stau und wo und welche Umgehungsstrecke ist noch flüssig befahrbar. Dies ließe sich auch auf den ÖPNV ausweiten bezüglich Störungen und Verspätungen. Also genau die täglichen Stadtverkehrsprobleme. (3)

Ein weiteres Anwendungsfeld bietet sich im Bereich des Umweltschutzes. So kann man zum Beispiel bei whatsinourair.org Meldungen zur aktuellen Luftqualität (nach vorgegebenen Charakteristika) posten. (4)

Ebenfalls kulturelle Aspekte wie Street Art oder Public Art können so aufgenommen werden. Es müssen also nicht nur die negativen Aspekte geschwärmt werden.

Faktor Geld:

Es gibt zur Zeit eine Vielzahl an Apps, die solcherlei Funktionen anbieten. Manche sind kostenfrei und manche nicht. Für die Akzeptanz des mobilen Schwärms wird es allerdings Notwendig sein, dass die Stadt die technische Basis kostenfrei zur Verfügung stellt. Dafür gibt es bereits erste Anbieter, wenn auch unausgereift (http://www.ttn-hessen.de/fileadmin/pdf/Messen/CeBIT_2012/CeBIT_2012_wer_denkt_was.pdf). Wichtig dürfte auch die zentrale Verknüpfung der Daten und eine entsprechende Handlungsreserve sein. Die IT-Infrastruktur wird also Geld kosten. Das sollte uns bewusst sein.

Fazit:

Mobile Crowdsourcing bietet dem Bürger die Möglichkeit seine Stadtverwaltung aktiv zu unterstützen und gleichzeitig kann der Bürger Probleme in seinem Umfeld damit aktiv angehen, stellt also eine weitere Form der Partizipation im Gemeinwesen dar. Was langfristig auch eine engere Bindung zum öffentlichen Raum nach sich ziehen dürfte. Die Stadt wird dann nicht mehr nur als Lebensraum sondern auch als persönliches Eigentum eines Jeden begriffen, was sie letztendlich ja auch ist.

Es ist nicht einzusehen, dass sich unter den Pilotstädten des Mobile Crowdsourcing kaum deutsche Städte befinden (ich habe keine gefunden). Dresden als international bekannte Stadt kann hierfür eine Leuchtturmfunction übernehmen. Die teilweise marode Infrastruktur hätte es allemal nötig.

Quellen:

- 1: <http://t3n.de/magazin/mobile-crowdsourcing-schwarmintelligenz-handynutzer-229492/1/>
- 2: <http://www.ezuerich.ch/ezh/de/index/ideas-competition/ideen-nach-kategorien/cat-16/node539.html>
- 3: http://news.cnet.com/8301-13772_3-10305132-52.html#ixzz1XBTofhW2
- 4: <http://codeforamerica.org/2011/07/30/mobile-crowdsourcing/>

Quellen Stand: 31.03.2011, 00:56 Uhr

Programm-Antrag 02 - Begrünter Nahverkehr

Antragssteller: Alexander Brateanu

Piraten Dresden setzen sich dafür ein die Dachbegrünung von öffentlichen Nahverkehrsmitteln sowie Wartehäuschen zu erproben. Ziel ist es durch anspruchslose bodenbedeckende Pflanzen das Mikroklima sowie die Lebensqualität zu erhöhen.

Programm-Antrag 03 - Alkoholkonsumverbot ist auch keine Lösung

Antragssteller: Alexander Brateanu**Variante 1**

Die Piraten Dresden sprechen sich gegen pauschale Verbote von Alkoholkonsum auf offener Straße, an bestimmten Orten, aus. Das Fehlverhalten Einzelner kann nicht als Begründung dienen die Handlungsfreiheit aller einzuschränken.

Variante 2

Die Piraten Dresden sprechen sich gegen pauschale Verbote von Alkoholkonsum auf offener Straße, an bestimmten Orten, aus. Das Fehlverhalten Einzelner kann nicht als Begründung dienen die Handlungsfreiheit aller einzuschränken. Treffpunkte alkoholsüchtiger werden durch Verbote nur verlagert - die Probleme der Süchtigen bleiben und sie werden ihre Sucht an einem anderen Ort ausleben. Orte mit ausgeprägtem Nachtleben bringen eine Lautstärkebelastung mit sich, die höher ist als in einem Wohngebiet, darüber müssen sich Anwohner bewusst sein, wenn sie dort einziehen. Letztendlich ist die Existenz und freie Entfaltung solcher Zentren des Nachtlebens und der Kultur für Dresden genauso wichtig wie der Schutz der Nachruhe.

Programm-Antrag 04 - Freifunk und Breitbandnetze

Antragssteller: Florian André Unterburger

Bauen

Antrag: Die Piraten setzen sich für die öffentliche Förderung von Freifunknetzen in Dresden ein. Dies kann durch die Unterstützung der Softwareentwicklung geschehen, durch Bereitstellung von öffentlichen Gebäuden und Objekten wie Straßenlaternen zur Platzierung von Freifunkroutern aber auch durch Nutzung von Freifunkroutern, dort wo die Stadt bisher konventionelle WLAN-Netze einsetzt. Besonders der Ortsamtsbereich Neustadt ist mit seiner engmaschigen Bebauung prädestiniert die „Freifunkrepublik Neustadt“ zu werden.

Wir fordern darüber hinaus die Schließung der letzten Versorgungslücken im Dresdner Breitbandnetz, damit kein Einwohner der Stadt von der Netzinfrastruktur abgekoppelt bleibt.

Begründung: Freifunk und Breitbandnetze sind essentiell für die Grundversorgung mit Information und Wissen, die Bausteine der zukünftigen Gesellschaft. In Dresden ist die Freifunk-Bewegung bislang leider relativ schwach ausgeprägt, obwohl sich die Neustadt dafür perfekt anbietet. Die Piraten können hier mit ihrem Namen und ihrem Know-How vieles in Bewegung bringen.

Programm-Antrag 05 - Bürgerpartizipation

Antragssteller: Florian André Unterburger

Demokratie

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung und Teilhabe an den politischen Prozessen für die Einwohner der Landeshauptstadt. Das städtische Pilotprojekt „Dresdner Debatte“ ist ein erster Schritt hin zur weiteren Einbindung der Dresdner Bürgerschaft. Es sollen in Zukunft deutlich mehr solcher öffentlicher Plattformen angeboten werden.

Darüber hinaus soll die Stadt Dresden ein Bürgerhaushaltsverfahren initiieren, bei welchem ein Teil des öffentlichen Haushalts unter direkter Beteiligung der Bürger aufgestellt wird.

Begründung: Mitbestimmung und Teilhabe aller Bürger am politischen Prozess muss das Ziel der Stadt Dresden sein. Bei der „Dresdner Debatte“ konnten sich die Einwohner Dresdens bereits in Sachen Stadtentwicklung und Raumplanung miteinbringen. Auch in anderen Ressorts können solche öffentlichen Plattformen die Arbeit der Stadtverwaltung entlasten und die Mitverantwortung der Dresdner Bürgerschaft stärken.

Besonders der Haushalt als zentrales kommunales Gestaltungs- und Steuerungsinstrument muss sich der effektiven bürgerschaftlichen Mitgestaltung öffnen. Verschiedene Städte wie Köln, Frankfurt oder Potsdam versuchen, neue Wege zu gehen und die Bürger von vornherein an den Haushaltplanungen zu beteiligen.

Programm-Antrag 06 - Dezentrales Asyl

Antragssteller: Florian André Unterburger

Migration

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Abschaffung der Asylbewerberheime und strebt die dezentrale Unterbringung aller Flüchtlinge und geduldeten Migranten an. Anstelle von gemeinschaftlichen Heimen soll die Unterbringung in einer eigenen Wohnung der zukünftige Unterkunftsstandard sein.

Begründung: Die Asylbewerberheime in Dresden sind nicht nur in einem schlechten Zustand, sondern verhindern auch die Integration ihrer Bewohner. Die konzentrierte Unterbringung von Flüchtlingen und geduldeten Migration sorgt für deren lokale Isolation und erschwert häufig den notwendigen Kontakt zur einheimischen Bevölkerung, dies trägt zu ihrer Stigmatisierung bei. Zudem ist den Dresdnern der Einblick in das Alltagsleben der dort lebenden Menschen weitestgehend verwehrt und eine differenziertere Bewertung gegenüber ausländischen Mitbürgern erschwert.

Eine dezentrale Unterbringung verbessert in den allermeisten Fällen die Lebenssituation der Betroffenen nachhaltig und hilft, die Integrationsfähigkeit dieser Menschen zu erhalten bzw. erst deren Erwerb. Angesichts der langen Dauer mancher Asylverfahren muss hier ein Hauptaugenmerk der Integrationspolitik liegen, denn diese Integrationsfähigkeit ist entscheidend sowohl bei einer möglichen Rückkehr in das Herkunftsland als auch bei einer positiven Aufenthaltsbescheinigung für die Bundesrepublik.

http://www.gegen-ausgrenzung.de/bilder/antrag_dezentral_endgueltig.pdf

Programm-Antrag 07 - Fahrscheinloser ÖPNV

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verkehr

Antrag: Die Dresdner Piraten setzen sich für die Einführung eines fahrscheinlosen Öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV) ein. Wir sehen einen gut ausgebauten ÖPNV als festen Bestandteil der Daseinsvorsorge an, der garantiert, dass auch einkommensschwache Menschen, Alte und Kranke die Möglichkeit zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.

Mittelfristig wird die erhöhte Nutzung zu erhöhter Taktung und zu einem Ausbau des öffentlichen Bahnstreckennetzes führen, was im Sinne der Verkehrsminderung angestrebt wird. Der Wegfall eines Fahrscheinsystems sowie der Kontrollen macht die Nutzung des ÖPNV noch attraktiver.

Zur Finanzierung soll eine gemeinschaftliche Lösung gefunden werden, beispielsweise durch eine zweckgebundene Abgabe, die auch Ausnahmen z.B. für Minderjährige oder Transferleistungsempfänger zulässt.

Begründung: Ein fahrscheinloser ÖPNV macht Kontrollen überflüssig, spart Personal- und Technikkosten, minimiert Verwaltungsaufwand und stärkt die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem wirkt er sich verkehrsmindernd und touristensteigernd aus.

Vor kurzem hat die estnische Hauptstadt Tallinn den fahrscheinlosen ÖPNV eingeführt: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36671/1.html>

Programm-Antrag 08 - Echte Barrierefreiheit

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verwaltung

Antrag: Die Piraten Dresden fordern die Stadt auf, all ihre Gegenstände, Medien und Einrichtungen im Sinne echter Barrierefreiheit umzugestalten. Dies umfasst nicht nur Gehbehinderung, sondern ebenso Gehörlosigkeit, Blindheit und jede andere Form der körperlichen Behinderung. Ohne z.B. Gebärdensprachdolmetscher und Brailleschrift wird ein Teil der Bevölkerung widerrechtlich ausgegrenzt.

Begründung: Barrierefreiheit hat weit mehr Facetten als nur Rampen für Rollstuhlfahrer anzubauen.

<http://de.wikipedia.org/wiki/Barrierefreiheit> Barrierefreiheit bedeutet, dass Gegenstände, Medien und Einrichtungen so gestaltet werden, dass sie von jedem Menschen unabhängig von einer eventuell vorhandenen Behinderung uneingeschränkt benutzt werden können.

Programm-Antrag 09 - OpenDresden – die gläserne Verwaltung

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verwaltung

Antrag: Die Dresdner Piraten fordern eine konsequente Transparenzkultur für die gesamte Landeshauptstadt. Die Live-Übertragung von Stadtrats- und Ausschusssitzungen und deren Abrufbarkeit mittels einer Online-Mediathek soll nur der Anfang sein. Wir streben ein papierloses Rathaus und die Umstellung aller digitalisierten Daten auf offene Formate an. Ganz in diesem Sinne setzen wir uns für die vollständige Umrüstung von proprietärer Software hin zu freier und Open-Source-Software (FLOSS) ein.

Die Umsetzung von OpenData und OpenAccess muss durch die Stadt zügig vorangetrieben werden – diese soll sämtliche mit Steuergeldern finanzierte Daten maschinenlesbar über das Internet anbieten. Ausgenommen sind Daten, welche die Persönlichkeitsrechte Einzelner betreffen. Ebenso müssen Forschungsergebnisse, die vollständig oder teilweise durch Steuergelder finanziert wurden, nach einem festgelegten Zeitraum frei verfügbar gemacht werden.

Hierfür soll ein öffentliches Anrecht zur Einsicht in Dokumente und Akten der Stadtverwaltung in Form einer umfassenden Transparenzsatzung verankert werden. Gemäß dem Prinzip der Informationsfreiheit sollen Ämter, Behörden und städtische Tochtergesellschaften dazu verpflichtet werden, interne Vorgänge für die Bürger in entsprechendem Qualitätsstandard zugänglich zu gestalten.

Eine gläserne Verwaltung nach diesen Prinzipien ermöglicht nicht nur effektivere Kontrolle und eine Optimierung von staatlichen Prozessen, sondern ist Bedingung für mündige Bürger und eine offene Stadt.

Begründung: Transparenz staatlichen Handelns, freier Zugang zu Daten, offene Strukturen und Formate sind die Kernthemen der Piratenpartei, diese müssen ebenfalls auf kommunaler Ebene durchgesetzt werden. Die Landeshauptstadt Dresden kann sich bei der Umsetzung an Vorbildern wie API Leipzig oder OpenKöln orientieren.

Positionspapiere

Positionspapier 01 - Zukunftsorientierte Verkehrs-, und Verkehrswegeentwicklungspolitik für Dresden

Antragssteller: Thomas Lischke

Die Piratenpartei Dresden setzt in Zeiten immer teurer und knapper werdender Energien, sinkenden Einnahmen der öffentlichen Hand und permanenter Grenzwertüberschreitung bei den Feinstaubwerten auf eine zukunftsorientierte Politik in den Bereichen Straßenbau, Verkehrsplanung,-lenkung sowie ÖPNV für Dresden ein.

Dies umfasst neben einer kontinuierlichen Stärkung des Umweltverbunds (öffentlichen Personennahverkehrs/ÖPNV, Rad- und Fußverkehr) auch den konsequenten Einsatz von modernen und innovativen Verkehrsformen- und -lenkungsmechanismen wie z.B. eMobilität, Carsharing, P&R, Fahrradverleihstationen sowie intelligenten Verkehrsregelsystemen mit ÖPNV-Priorisierung. Für Anwohner, Gewerbetreibenden und Händler sind bezahlbare, öffentliche Parkmöglichkeiten vorzusehen. Diese Maßnahmen führen langfristig betrachtet zu einer höheren Verkehrsentlastung als eine maximale Verbreiterung von Straßen.

Zudem sind Erneuerung, Sanierung und Neubau von Verkehrswegen so zu planen, dass diese weitestgehend im Bestand erfolgen und so das Flair der Stadt und ihrer Stadtteile erhalten bleiben. Der Erhalt und die Vergrößerung des Grünflächenanteils und der Baumbestände sind dabei den ökonomischen Interessen über zuordnen. Dadurch werden Luft- und Lebensqualität verbessert und das optische Erscheinungsbild von Dresden positiv beeinflusst. Als zukünftige Pilotprojekte sind konkret die Königsbrücker Straße, die Bautzner Straße sowie der Boulevard Kesselsdorfer Straße zu nennen.

Positionspapier 02 - Dezentrale Patientenversorgung

Antragssteller: Jan Kabus

Die Piraten Dresden fordern den Ausbau der Behandlung von Senioren und Patienten mit eingeschränkter Mobilität direkt in ihrer vertrauter Umgebung.

Hierzu ist ein Pilotprojekt auf den Weg zu bringen, in dem Ärzte und qualifiziertes Pflegepersonal (ähnlich den bereits existierenden Pflegediensten) mit entsprechend ausgestatteten Fahrzeugen (mobile Geräte, Apotheke) regulär Hausbesuche durchführen.

Strukturell und bezüglich der Abrechnung mit den Krankenkassen sind die mobilen Gesundheitsteams vorerst den Krankenhäusern zuzuordnen.

Nach positiver Evaluierung des Pilotprojekts sind entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen um auch unabhängige mobile Gesundheitsteams zu ermöglichen.

Begründung:

Viele derzeit stationär behandelte Patienten könnten die gleiche Behandlung auch in ihrer vertrauten Umgebung, also in ihrer Wohnung oder im Heim, erhalten. Bei einer zeitweiligen Unterbringung im Krankenhaus entstehen nicht nur unnötig hohe Kosten sondern die Patienten leiden oft unter den veränderten Umgebungsbedingungen und entwickeln zeitweilig Symptome psychischer Störungen. Dadurch wird die Behandlung der Primärkrankheit komplexer und nicht zuletzt auch kostenintensiver.

Infolge des Wegfalls des Umgebungswechsels könnten die Patienten ohne Verlust an Behandlungsqualität schneller und kosteneffizienter behandelt werden. Gleichzeitig verringern sich für die Patienten Wartezeiten und das Risiko sich im Warteraum zu infizieren.

Positionspapier 03 - Vernetzung von Senioren fördern

Antragssteller: Jan Kabus

Die Piraten Dresden fordern ein Pilotprojekt zur verstärkten Vernetzung älterer Menschen. Es sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass je nach Mobilität der Senioren, diese sich selbstständig in wohnortnahmen Seniorencentren treffen können und dort Gelegenheit erhalten, miteinander zu reden und Mahlzeiten einzunehmen. Für Senioren mit eingeschränkter Mobilität sollen Hausbesuche stattfinden.

Begründung:

Effizienzstreben und zunehmende Mobilität unserer Gesellschaft erschweren es Senioren ihre sozialen Kontakte aufrecht zu erhalten. Viele ältere oder aus anderen Gründen in ihrem Bewegungsspielraum eingeschränkte Menschen leiden unter Einsamkeit und entwickeln dadurch psychische Störungen, die oft auch mit wirklichen oder empfundenen körperlichen Leiden einhergehen.

Senioren bei der Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen zu unterstützen entspricht einerseits humanistischen Prinzipien, hilft aber andererseits auch deren Gesundheit und Leistungsfähigkeit besser zu erhalten. Dadurch können die im Gesundheitssystem vorhandenen finanzielle Mittel effizienter verwendet werden.

Dieses Konzept zeigte bereits in anderen Bundesländern (Berlin) Erfolge.

Positionspapier 04 - Gesunde Ernährung für Dresden

Antragssteller: Jan Kabus

Die Piraten Dresden fordern, die Küchen und Kantinen aller städtischen Einrichtungen - wie Schulen, Verwaltung, Krankenhäuser, etc. - auf die Verwendung frischer saisonaler Zutaten aus der Region zu verpflichten und diese vor Ort zuzubereiten. Nach Möglichkeit sind zudem Bioprodukte einzusetzen. Der Einsatz von Lebensmittelzusatzstoffen wie beispielsweise Geschmacksverstärkern ist in öffentlichen Küchen zu minimieren.

Begründung:

Eine gesunde Ernährung der Bevölkerung stärkt das Wohlbefinden und die Identifizierung der Bürger mit ihrem Lebensumfeld. Sie reduziert Ausfallzeiten und senkt Kosten für die Behandlung der Folgen falscher Ernährung. Damit stellt sie einen Wert dar. Mit der Erhöhung des Aufwandes für die Speisenzubereitung wird gleichzeitig mehr lokale Wertschöpfung betrieben, die sich in der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze widerspiegelt.

Bei Verwendung qualitativ hochwertiger Zutaten und schonender Zubereitung der Speisen bringt der Einsatz von Geschmacksverstärkern keine Vorteile.

Positionspapier 05 - Runder Tisch städtische Krankenhäuser

Antragssteller Jan Kabus

Die Dresdner Piraten fordern die Einrichtung eines „Runden Tisches“ zur Zukunft der städtischen Krankenhäuser. An dem runden Tisch sollen neben Vertretern des Stadtrates und der Leitung der Krankenhäuser auch die Betriebsräte, Vertreter der Krankenkassen sowie jeweils mehrere Vertreter der Patienteninteressen und der Mitarbeiter der KH beteiligt sein. Ziel des runden Tisches ist die Erarbeitung von Vorschlägen zur Sanierung der Städtischen Krankenhäuser und die Kontrolle deren Umsetzung.

Begründung:

Die für die Kontrolle und Führung der städtischen Krankenhäuser verantwortlichen Strukturen und Mandatsträger im Dresdner Stadtrat waren über Jahre nicht in der Lage, die mit der Einführung der Fallkostenpauschalen notwendigen Veränderungen in den Städtischen Krankenhäusern in die Wege zu leiten. An dieser Situation hat sich auch nach dem Bürgerentscheid nichts geändert. Mit der Verbreiterung der personellen Basis für die Ausarbeitung von Lösungskonzepten zur Überwindung der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser, sowie mehr Transparenz soll die Sanierung der Krankenhäuser beschleunigt werden.

Positionspapier 06 - Transparenz der Geschäftszahlen kommunaler Eigenbetriebe

Antragssteller: Jan Kabus

Die Dresdner Piraten fordern die Stadt Dresden auf, für alle Eigenbetriebe der Stadt einen Jahresabschluss nach §242 und §264 HGB zu erstellen und diesen auf der Internetseite der Stadt zu veröffentlichten.

Begründung:

Da die Eigenbetriebe mit öffentlichen Mitteln arbeiten und die Ergebnisse ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten direkten Einfluss auf die Finanzlage der Kommune haben hat der Bürger ein berechtigtes Interesse über die Aktivitäten der Eigenbetriebe informiert zu werden. Die derzeit im Amtsblatt veröffentlichten Daten sind hierzu nicht ausreichend.

Positionspapier 07 - Neues Konzerthaus für Dresden

Antragssteller: Florian André Unterburger

Bauen

Antrag: Die Piratenpartei Dresden setzt sich für den Erhalt des Kulturpalasts als Mehrzwecksaal ein. Für die beiden renommierten Orchester der Dresdner Philharmonie und Sächsischen Staatskapelle soll ein neues Konzerthaus entstehen. Der hierfür bereits gegründete Förderverein Konzerthaus-Stiftung in Dresden e.V. soll bestmöglich unterstützt werden. Die Finanzierung des Konzerthauses soll sich erstrangig aus privaten Quellen speisen und ohne städtische Finanzmittel auskommen.

Begründung: Der Kulturpalast wurde als Mehrzwecksaal konzipiert und ist dementsprechend nicht geeignet für akustisch anspruchsvolle Konzerte. Ein geplanter Umbau zum Konzertsaal schränkt die Multifunktionalität und den Stadthallencharakter des Kulturpalasts massiv ein.

Ohne die zugesagten Fördermittel steht die Ummaufinanzierung auf wackligen Beinen, die Nutzung von fremdem Stiftungskapital zur Stopfung der Finanzierungslöcher ist höchst fragwürdig.

Ein neues Konzerthaus ist daher für Dresden – besonders wegen der Spitzenorchester Dresdner Philharmonie und Sächsische Staatskapelle – eine wünschenswerte Vision, derer sich bereits renommierte Bürger der Stadt angenommen haben: <http://www.konzerthaus-stiftung.de/>

Positionspapier 08 - Umbenennung von Straßen

Antragssteller: Florian André Unterburger

Bauen

Antrag: Die Piratenpartei begrüßt das Bestreben einzelner Initiativen und Parteien, Straßen in Dresden nach Orten, Personen und Ereignissen besonderer Erinnerung oder Mahnung umzubenennen. Wir schließen uns der Forderung nach einer Marwa-El-Sherbini-Straße und einer Guernica-Straße an.

Begründung: Die Dresdner Grünen hatten den Vorschlag zur Umbenennung auf ihrem Stadtparteitag im Oktober gemacht. Schmelich freute sich über die Zustimmung des Ortsbeirates. „Das ist ein gutes Signal für eine Erinnerungskultur in Dresden, die alle Facetten des Grauens im 2. Weltkrieges einbezieht. Zwischen Guernica und Dresden gibt es eine schicksalhafte Verbindung“, so Schmelich. <http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Guernica-Strassenumbenennung-Gruene-wollen-Signal-in-Dresden-setzen-739292884>

Die Diskussion um eine Straße zu Ehren der ermordeten Ägypterin Marwa el-Sherbini geht in eine neue Runde. Der Erste Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) will eine mögliche Straßenumbenennung im Ältestenrat ansprechen. „Er wird die Fraktionen fragen, inwieweit ein Straßennamen zu Ehren der Getöteten thematisiert werden soll“, sagt Stadtsprecher Kai Schulz. <http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2976501>

Positionspapier 09 - Keine Bedienung für Nazis

Antragssteller: Florian André Unterburger

Demokratie

Antrag: Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass in Dresden eine Aktion ähnlich der Regensburger Initiative „Keine Bedienung für Nazis“ umgesetzt wird. Hiermit kann den Rassisten der öffentliche Raum auf freiwilliger Verpflichtung der Gastronomie entrissen werden.

Begründung: <http://www.keinebedienungfuernazis.de/>

Unsere Initiative hat sich im Sommer 2010 anlässlich eines rassistisch motivierten Überfalls in Regensburg auf das Cafe Picasso und dessen Barkeeper gegründet. Wir sind ein offenes Bürgerbündnis. Unser Ziel ist es, Rassisten den öffentlichen Raum zu nehmen. Wir wollen dies damit erreichen, indem wir Gastronomiebetreiberinnen und -betreiber davon überzeugen, sie nicht zu bedienen.

In unserer Erklärung, die über 130 Regensburger Gastronominnen und Gastronomen unterschrieben haben, heißt es unter anderem:

„Die Gastronomie in Regensburg zeigt Zivilcourage gegen Nazis und Rassisten!

...Wir sagen Nein zu Intoleranz und Rassismus, die das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Kulturen in Regensburg stören. Um die Stadt und ihre Einwohner, die Touristen, unsere Gäste und unser Personal vor diesen Übergriffen zu schützen, erklären folgende Gastronomiebetriebe:

Nazis und andere Rassisten haben in unseren Räumen nichts zu suchen. Wir dulden keine rassistischen, diskriminierenden Äußerungen in unserem Lokal.

Wir werden diese Leute nicht bedienen“.

Anfang 2011 warb die Initiative für den Aufkleber „Rassisten werden hier nicht bedient“, den mittlerweile über 50 Lokale als deutliches Signal gegen Rassismus und rechte Gewalt am Eingang ihrer Lokale angebracht haben. Rassismus ist das Bindeglied verschiedener menschenverachtender Ideologien, politischer Strömungen und Gruppierungen. Vom Antisemitismus bis zur Islamfeindlichkeit gibt Rassismus den Neonazis Nährboden und Auftrieb.

Diese Kräfte versuchen Rassismus als normale Meinung zu etablieren. Je besser ihnen das gelingt, umso niedriger wird die Hemmschwelle für rassistische Politik, für Diskriminierung und Ausgrenzung bis hin zur Gewalt.

Rassisten den öffentlichen Raum nehmen

Vermieter von Räumen, Inhaber von Lokalen, Angestellte in der Gastronomie und Gäste können einen wichtigen Beitrag leisten, damit Menschen, egal welcher Hautfarbe, Religion, Herkunft und demokratischer politischer Richtung frei von Angst hier zusammen leben.

Positionspapier 10 - Städtische Einnahmen an Zweck binden

Antragssteller: Florian André Unterburger

Finanzen

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Stadt auf, ihre Einnahmen überwiegend an einen Ausgabezweck zu binden. Anstelle von zweckungebundenen Steuern, wie beispielsweise Hunde- oder Zweitwohnungssteuer, soll die zweckgebundene Abgabe zur Regel werden. Dies soll für alle Einnahmen gelten, die die Stadt selbstständig erheben kann.

Die entstehende Transparenz sorgt für Zahlungsmündigkeit, aktiviert Zahlungsbereitschaft und stellt die Zahlungsmoral wieder her. Städtische Einnahmen sollen zudem nach dem Zweck und nicht mehr nach der Quelle benannt werden.

Begründung: Einer von vielen Gründen für den finanziellen Notstand diverser Staatshaushalte sind Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Jeder von uns kennt den alltäglichen Steuerfluchtreflex, einen möglichst geringen Anteil des eigenen Einkommens an „den Staat“ abzutreten. Der Staat ist zu einem Gegenüber geworden, obwohl er doch letztlich der freiwillige Zusammenschluss von Menschen ist, obwohl wir alle der Staat sind.

Wenn wir Steuern geben bzw. sie uns nehmen lassen, können wir deren (Ausgabe-)Zweck nicht erkennen, gleichzeitig steigt die Verschuldung und die staatlichen Ausgaben sinken. Daraus resultiert ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber der Finanzstaatlichkeit - unser Verantwortungszusammenhang ist verloren gegangen. Das Grundvertrauen in „den Staat“, in uns alle, muss wiederhergestellt werden.

Dies kann nur durch ein Mehr an Transparenz gelingen. Sobald die gemeinschaftlichen Konsequenzen der individuellen Zahlungsverweigerung offensichtlich sind, wird sich die Zahlungsbereitschaft erhöhen, die Zahlungsmoral bessern und der Zahler wird sich endlich mündig fühlen. Durchsicht schafft Einsicht!

Positionspapier 11 - Leitlinien für die Dresdner Krankenhäuser

Antragssteller: Florian André Unterburger

Gesundheit

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Stadt auf, neue Wege für die kommunalen Krankenhäuser zu beschreiten. Eine Organisationsreform hin zu mehr Effizienz und Transparenz schließt einen Zuwachs an Mitbestimmung für die Belegschaft nicht aus. Im Gegenteil ist die Ermächtigung der Angestellten und Bürger, durch genossenschaftliche oder andere vergesellschaftete Ansätze, der Schlüssel für ein nachhaltiges Umdenken in der Krankenhauspolitik. Wir stellen daher gleichsam den defizitären Eigenbetrieb wie die profitorientierte GmbH in Frage und streben ein innovatives Strukturkonzept für die Dresdner Krankenhäuser an.

Begründung: Nach dem Bürgerentscheid im Januar 2012 bleiben die beiden städtischen Krankenhäuser Neustadt und Friedrichstadt vorerst defizitäre Eigenbetriebe, eine Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Reform hin zu einer gGmbH wäre für die Belegschaft in höchstem Maß unsozial verlaufen, das Einsparpotential hätte man wohl schnell bei den Personalkosten vorgefunden.

Die Piratenpartei wendet sich gegen ein solch binäres Denken, das soziale Interesse gegen wirtschaftliche ausspielt. Es gibt heute weit mehr Möglichkeiten der Organisationsform. Von Genossenschaften über eingetragene Krankenhaus-Vereine bis hin zu Stiftungen des öffentlichen oder privaten Rechts. Wenn solche neuartigen Lösungsansätze gegen bestehende Gemeindeordnungen verstößen, müssen diese folgerichtig abgeändert werden.

Positionspapier 12 - Kommunale Kulturflatrate

Antragssteller: Florian André Unterburger

Kultur

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert freien Eintritt und Zugang zu allen städtischen Kultureinrichtungen wie Theatern, Opern und Museen. Ein solch barrierefreier Anreiz wird den Zulauf und das Interesse der Dresdner Einwohner und Gäste enorm steigern. Anstelle der anteiligen Finanzierung über Eintrittsgelder sollen die den Haushalt übersteigenden Kosten zukünftig in Form einer Kulturtaxe gedeckt werden.

Das städtische Pionierprojekt einer „kommunalen Kulturflatrate“ wird eine Sogwirkung auf die Kultureinrichtungen des Freistaates entfalten; für den privatwirtschaftlichen Kulturbetrieb muss hierbei eine kooperative Lösung gefunden werden.

Begründung: Eine Touristenabgabe in Form einer Kulturtaxe ist in Dresden bereits seit längerer Zeit im Gespräch. In Verbindung mit der piratigen Idee eines fahrscheinlosen ÖPNV, dem Verzicht auf Ticketverkauf und Kontrollen, ist eine solche „kommunale Kulturflatrate“ die logische Konsequenz piratigen Denkens.

Bereits heute gibt es einzelne Wochentage, an denen der freie Zugang zu Theater, Opern oder Museen umgesetzt wird. Diese Barrierefreiheit, das Gefühl der Grenzenlosigkeit, der Verzicht auf Kontrollen ist ein kultureller Fortschritt und zudem ein wirkungsvolles Lockmittel für Touristen aller Art. Hierdurch könnte der Dresdner Tourismus – und damit auch die Einnahmen der Kulturtaxe – gesteigert werden.

In Dresden wären hiervon u.a. die städtischen Museen, die Staatsoperette und die Dresdner Philharmonie betroffen. Dem Problem der Überfüllung von Theateraufführungen kann man mit einem simplen Reservierungssystem begegnen.

Positionspapier 13 - Liquid Mobility

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verkehr

Antrag: Die Dresdner Piraten fordern ein umfassendes Verkehrs- und Mobilitätskonzept für Dresden, das besonders neue Technologien und neue verkehrswissenschaftliche Erkenntnisse in seine Planungen integriert. Unter „Liquid Mobility“ verstehen wir die Minderung des motorisierten Individualverkehrs sowie die digitale Vernetzung der gesamten Verkehrsinfrastruktur.

Hierzu sollen nicht nur Ampelanlagen und digitale Verkehrsschilder, sondern ebenfalls Parkuhren intelligent miteinander vernetzt werden. Solche dynamischen Parkplätze ermöglichen die Steuerung des Parkaufkommens durch die Preisbildung mittels Angebot und Nachfrage und setzen Anreize, ganz auf das Auto zu verzichten. Ebenso fordern wir einen weitläufigen Ausbau des Radwegenetzes und die Förderung von Car-Sharing-Angeboten.

Im Sinne der Planungsphilosophie des „Shared Space“ wollen wir der Verkehrs-Überregulierung entgegenwirken und sturer Gebotbeachtung die dauerhafte Änderung von Fahrerverhalten entgegensetzen. Durch den „gemeinsam geteilten Raum“ werden Verkehrssituation- und Fluss lebenswerter, sicherer und dynamischer. Die Verwendung neuer Baumaterialien, der Abbau von Schildern und Reglementierung und die vollständige Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer sollen kein Dogma darstellen, sondern dort angewandt werden, wo es sinnvoll und möglich erscheint. Die Einrichtung von Kreisverkehrsplätzen und grünen Pfeilen soll zudem weitervorangetrieben werden.

Ein solch flexibilisierter Individualverkehr schließt ebenfalls Park-and-Ride-Systeme, Fahrradleihstationen und Trampstellen nach Vorbild der holländischen Liftershalte mit ein.

Begründung: Kein Themenkomplex der Kommunalpolitik ist unmittelbar spürbarer als die Verkehrspolitik. Die Umgestaltung von Straßen und Plätzen, die alltägliche Nutzung der Verkehrswege machen dieses Politikressort enorm bedeutsam. Es ist daher unerlässlich für die Piratenpartei, eigene Akzente und piratige Gedanken in ihr Verkehrskonzept zu integrieren.

Besonders die innovative Idee des Shared Space ist mit ihrer Betonung individueller Verantwortung und Abbau von Überwachung und Reglementierung eine wegweisende Konzeption für die Verkehrsplanung der Zukunft. Zudem besitzen wir hier in Dresden eine renommierte Verkehrswissenschaftliche Fakultät, mit derer Unterstützung wir innovative Lösungen für die Königsbrücker oder Kesselsdorfer Straße finden können.

http://de.wikipedia.org/wiki/Shared_Space

<http://blog.zeit.de/open-data/2011/08/15/san-francisco-spark-daten-parkplaetze/>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Kreisverkehr>

http://de.wikipedia.org/wiki/Gr%C3%BCner_Pfeil

<http://de.wikipedia.org/wiki/Car-Sharing>

<http://de.wikipedia.org/wiki/Liftershalte>

Positionspapier 14 - Moos gegen Feinstaub

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verkehr

Antrag: Die Piratenpartei Dresden fordert die Stadt auf, ihre Bemühungen zur Reduktion von Feinstaub – insbesondere im Hinblick auf die drohende Umweltzone – zu intensivieren. Hierbei kann sie auf wissenschaftliche Untersuchungen zurückgreifen, wonach die Begrünung des öffentlichen Raums mit Moos einen signifikanten Effekt aufweist.

Die Chancen der vertikalen Bemoosung großer Fassadenflächen kann nicht nur die Feinstaubbelastung explizit senken, sondern bietet durch die Lebendigkeit der Fassaden neue Möglichkeiten städtebaulicher Gestaltung.

Begründung: Fraunhofer UMSICHT untersucht das Potenzial von Moosen zur Absorption von Feinstaub. Ein Ziel ist es, Feinstaub in Ballungszentren durch vertikale Bemoosung von Fassaden zu reduzieren. <http://www.umsicht.fraunhofer.de/de/geschaeftsfelder/werkstoffe-interaktion/projekte/moos-feinstaub.html>

Vor allem Städte haben immer wieder Schwierigkeiten, die von der Europäischen Union festgelegten Maximalbelastungen von Feinstaub nicht zu überschreiten. Da die Feinstaubimmissionen bis 2010 weiter gesenkt werden müssten, könnten die Moose als natürliche Luftputztücher wahre Wunder wirken: „Die Matten könnte man auch im Innenstadtbereich anbringen: an Straßenrändern, Lärmschutzwänden, Dächern und anderen ungenutzten urbanen Oberflächen“, sagt

Frahm. http://www.focus.de/wissen/wissenschaft/natur/moos_aid_68770.html

Positionspapier 15 - Straßen- und Gehwegpatenschaften

Antragssteller: Florian André Unterburger

Verkehr

Antrag: Die Piraten Dresden fordern die Einführung von Patenschaften für Straßen- oder Gehwegabschnitte. Mithilfe beispielsweise einer Handy-Applikation soll es möglich sein, einen Betrag zweckgebunden für einen bestimmten Abschnitt zu spenden und damit die Stadt zu einer prioritären Reparatur z.B. von Schlaglöchern zu verpflichten.

Die Patenschaften sollen nur natürlichen Personen offenstehen, deren Namensmarkierung auf Gehwegen und Straßen wird die Kreativität im öffentlichen Raum stärken. Für größere Verkehrsprojekte wie die Sanierung von ganzen Straßen kann hierbei auf die Instrument der Schwarmfinanzierung zurückgegriffen werden. Allerdings gilt es zu beachten, dass solche Patenschaften nur als Zusatzfinanzierung stattfinden dürfen, damit sich die Stadt nicht aus ärmeren Stadtteilen zurückzieht.

Begründung: In Zeiten starker Unterfinanzierung sollte man aus der Geldnot eine Tugend machen und die Bürger wieder mehr am Erhalt ihrer Stadt bzw. ihres Stadtteils beteiligen. Dies darf jedoch immer nur als Zusatzeinnahme organisiert sein, damit sich der Staat nicht sukzessive aus seiner Verantwortung stiehlt.

Eine Patenschaft ist eine dauerhafte Übernahme von Verantwortung, die Namensmarkierung auf der Straße oder dem Gehweg ist einerseits ein Anreiz für den Paten und andererseits eine kreative Gestaltung des öffentlichen Raums. Im Gegensatz zu Spenden birgt diese Form der Finanzierung – auch mittels neuer Informationstechnologien – eine Chance auf nachhaltige Verbesserungen.

sonstige Anträge

sonstiger Antrag 01 - GO des Vorstandes soll streaming mit aufnehmen

Antragssteller: Marcel Ritschel

Die Hauptversammlung möge beschliessen:

Der Vorstand des Kreisverbandes Dresden soll sich in seiner Geschäftsordnung einen Punkt "streaming" einführen. In diesen Punkt soll geregelt sein, ob und wie die Vorstandssitzungen gestreamt werden sollen.

Begründung:

Das streaming in Bild und Ton bzw nur Ton ist heutzutage nicht mehr allzu schwer. Im Sinne der Transparenz sollte der Vorstand sich dazu äußern.

sonstiger Antrag 02 - Crew Konzept Dresden

Antragssteller: Alexander Brateanu

- 1. Eine Crew ist eine sich selbst organisierende Einheit der Piratenpartei auf lokaler Ebene. Sie dient vor allem der sozialen Vernetzung, der Konsensfindung und der Weitergabe von Wissen an Neupiraten.
- 2. Crews können für spezielle Aktionen auf Lokalebene eingesetzt werden, sie sind jedoch nicht thematisch gebunden. Dazu gibt es thematische Arbeitsgruppen des Kreisverbands Dresden sowie etwaige Organisationseinheiten der höheren Parteigliederungen.
- 3. Jeder Pirat gehört genau einer Crew an. Jeder Pirat kann außerdem je nach Fähigkeiten bei beliebig vielen Arbeitsgruppen mitarbeiten.
- 4. Eine Crew umfasst fünf bis neun Piraten, so dass man an einem Tisch sitzen und ein gemeinsames Gespräch führen kann. Wenn es dauerhaft mehr werden, teilt sich die Crew in zwei neue auf. Wenn es dauerhaft weniger werden, löst sie sich auf oder verschmilzt mit einer anderen.
- 5. Jede Crew hat einen Ankerplatz für regelmäßige Crewtreffen an einem öffentlichen Ort (z.B. Bar, Café). Sie trifft sich so oft die Mitglieder es für richtig halten, mindestens aber einmal im Monat.
- 6. Crew-Mitglieder sollten in der Regel aus einem Ortsamtsbereich bzw. einer Ortschaft kommen, in dem der Ankerplatz liegt, Ausnahmen sind möglich.
- 7. Jede Crew gibt sich einen prägnanten Namen. Der Name sollte nicht mit einer Ortsorganisation und nicht mit einer thematischen Arbeitsgruppe zu verwechseln sein. Crewnamen sind wie Schiffsnamen immer weiblich, also z.B. auch "Die Klaus Störtebeker" oder "Die Rote Korsar".
- 8. Wenn Entscheidungen anstehen, sollte möglichst ein Konsens der ganzen Crew erzielt werden. Wenn das gar nicht geht, entscheidet die Mehrheit. Die Minderheit trägt dann entweder die Mehrheitsentscheidung 100%-ig mit oder gründet eine neue Crew.
- 9. Jede Crew pflegt eine eigene Wiki-Seite, auf der die Namen der Mitglieder, die Adresse des Ankerplatzes und die Termine der Crewtreffen stehen.
- 10. Jede Crew wählt einen Käpt'n (geschlechtsneutraler Begriff) und nach Möglichkeit einen Navigator (geschlechtsneutraler Begriff). Diese haben keinerlei Entscheidungsgewalt. Der Käpt'n moderiert die Treffen und vertritt die Crew nach außen, der Navigator koordiniert die Treffen, betreut neue Crewmitglieder und ist verantwortlich für die Pflege der Wiki-Seite. Käpt'n und Navigator können jederzeit abgewählt werden.
- 11. Neupiraten sind herzlich eingeladen, zu den Crewtreffen der Crews in ihrer Nähe zu kommen.
- 12. Existiert eine Untergliederung des Kreisverbands Dresden regelt diese die dortige Organisation der Mitglieder.
- 13. Alle Piraten, der Kreisvorstand eingeschlossen, sind gehalten ihr Handeln in den jeweiligen Ortsamtsbereichen bzw. Gemeinden mit den betroffenen Crews abzustimmen. Ansprechpartner ist dabei der Käpt'n.

sonstiger Antrag 03 - Streichung von Positionspapieren

Antragssteller: Florian André Unterburger

Antrag: Die Hauptversammlung 12.1 des Kreisverbands Dresden möge folgende Positionspapiere streichen:
„Der gläserne Staat“, „Datenschutz“ und „Internetzugang für ganz Dresden“.

Begründung: Alle drei Positionen wurden durch mehrere Anträge in das Wahlprogramm transferiert. Aus Gründen der Programmhygiene und Übersichtlichkeit kann man diese Positionspapiere daher ersatzlos streichen.

Satzungsänderungsanträge

Satzungsänderungs-Antrag 01 - §13 Salvatorische Klausel

Antragssteller: Daniel Riebe

Die Hauptversammlung möge beschließen, den bisherigen §13 Schlussbestimmungen zu streichen und durch folgenden Paragraphen zu ersetzen.

§13 Salvatorische Klausel

(1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise ungültig sein oder werden, so wird dadurch der Bestand der übrigen Satzung nicht berührt.

(2) An die Stelle von unwirksamen Bestimmungen sind die Bestimmungen der Satzung der Piratenpartei Sachsen analog anzuwenden. Sind die unwirksam gewordenen Bestimmungen dort nicht geregelt oder ebenfalls unwirksam, tritt an gleiche Stelle die Satzung der Piratenpartei Deutschland.

Satzungsänderungs-Antrag 02 - §2 Mitgliedschaft

Antragssteller: Daniel Riebe

Die Hauptversammlung möge beschließen, §2 Mitgliedschaft Absatz 2 zu streichen und Absätze 1 und 2 zu ersetzen. Weiterhin möge der §2a Erwerb der Mitgliedschaft eingefügt werden.

§2 Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft und die Beendigung selbiger wird durch die Bundessatzung geregelt.

(2) Der Mitgliedsbeitrag ist an den Kreisverband Dresden zu entrichten. Die Feststellung der Stimmberechtigung erfolgt durch den Kreisverband.

§2a Erwerb der Mitgliedschaft

(1) Der Erwerb der Mitgliedschaft wird durch die Bundessatzung geregelt.

(2) Die Aufnahme setzt voraus, dass der/die BewerberIn seinen Wohnsitz in der Stadt Dresden hat und nicht schon Pirat ist.

(3) Bei einem Wohnsitzwechsel in das Gebiet einer anderen Gliederung geht die Mitgliedschaft über. Der Pirat hat den Wohnsitzwechsel unverzüglich der dem neuen Wohnsitz entsprechenden niedrigsten Gliederung anzugeben.

Satzungsänderungs-Antrag 03 - § 7 Urabstimmung

Antragssteller: Daniel Riebe

Die Hauptversammlung möge beschließen §7 Urabstimmung zu streichen und an dieser Stelle folgende Paragraphen §7 Urabstimmung und §7a Auswertung der Urabstimmung zu ersetzen.

§ 7 Urabstimmung

(1) Die Durchführung einer Urabstimmung ist beim Vorstand zu beantragen und hat den abzustimmenden Antragstext im Wortlaut (Beschlussvorlage) zu enthalten. Die Urabstimmung wird durchgeführt, sofern sich innerhalb von zwei Wochen mindestens 10% der stimmberechtigten Mitglieder dem Antrag auf Urabstimmung per E-Mail an den Vorstand angeschlossen haben.

(2) Beschlussvorlagen welche gegen geltende Gesetze, Rechte Einzelner, die Satzungen der Piratenpartei Deutschland, Sachsen oder Dresden, oder die Parteiprogramme dieser Ebenen verstößen sind ungültig und werden nicht zur Urabstimmung gestellt. Gegen Beschlussvorlagen die den Finanzaushalt der Piratenpartei Dresden tangieren, steht dem Schatzmeister ein Vetorecht zu.

(3) Das Erreichen des Quorums ist nach Ablauf der Frist vom Vorstand festzustellen (Feststellungsbeschluss). Wurde das Quorum erreicht, hat der Vorstand die Durchführung der Urabstimmung innerhalb von 14 Tagen nach Feststellung einzuleiten.

(4) Für die Durchführung der Urabstimmung bestimmt der Vorstand einen Wahlleiter. Der Wahlleiter kann für die Durchführung und Auszählung der Urabstimmung weitere Wahlhelfer bestimmen.

(5) Die Urabstimmung wird per Briefwahl durchgeführt. Die Briefwahlunterlagen sind jedem stimmberechtigten Mitglied per Post zuzustellen. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied, welches bis zum Tag des Versands der Briefwahlunterlagen (Stichtag) ihren Mitgliedsbeitrag entrichtet haben.

(6) Die Briefwahlunterlagen enthalten je ein:

1. Abstimmungsformular
2. Umschlag für Abstimmungsformular
3. Eidesstattliche Erklärung über die persönliche, unbeobachtete und unbeeinflußte Ausübung des Stimmrechts.
4. Rückumschlag

(7) Die Frist für die Rücksendung der ausgefüllten Briefwahlunterlagen beginnt am Stichtag und beträgt 14 Tage. Die Briefwahlunterlagen müssen bis spätestens 18:00 Uhr des 14. Tages in der Geschäftsstelle zugegangen sein (Fristende). Alle darüber hinaus zugehenden Stimmen sind ungültig.

§7a Auswertung der Urabstimmung

(1) Die Auszählung der Urabstimmung obliegt dem Wahlleiter und wird unmittelbar nach Fristende durchgeführt. Jedes Mitglied hat das Recht der Auszählung als unabhängiger Wahlbeobachter beizuwohnen. Über das Ergebnis der Urabstimmung informiert der Vorstand innerhalb von drei Tagen nach Feststellung durch den Wahlleiter.

(2) Bei der Auszählung sind festzustellen:

- Die Zahl der versandten Urabstimmungsbriebe
 - Die Zahl der zum Auszählungszeitpunkt fristgerecht zurückgelaufenen Urabstimmungsbriebe
 - Die Zahl der abgegebenen Abstimmungsformulare
 - Die Zahl der abgegebenen gültigen Abstimmungsformulare
 - Die Zahl der auf eine Urabstimmungsfrage entfallenen Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen
- (3) Abstimmungsformulare, denen keine gültige, unterschriebene eidesstattliche Erklärung beigefügt ist, sind ungültig. Enthaltungen sind gültige Stimmen.

(4) Die Beschlussvorlage der Urabstimmung gilt von den Mitgliedern als beschlossen, wenn mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen dafür sind. Die Bestimmungen von §8 Absatz 1 bleiben hiervon unberührt.

Satzungsänderungs-Antrag 04/01 - §4 Gliederung

Antragssteller: Daniel Riebe

Die Mitglieder der Hauptversammlung mögen beschließen, §4 Gliederung zu streichen und durch folgenden Paragraphen zu ersetzen.

§4 Gliederung

(1) Der Kreisverband kann sich entsprechend der Grenzen der Ortsamtsbereiche der Stadt Dresden in Ortsverbände untergliedern.

(2) Die Gründung eines Ortsverbands setzt voraus, dass

- 1. im Ortsamtsbereich des Stadtteils mindestens 50 Mitglieder der Piratenpartei Dresden ihren Wohnsitz haben und
- 2. diese auf einem Gründungsparteitag mehrheitlich für die Gründung des Ortsverbands stimmen.

(3) Absatz 2 gilt nicht für Ortschaften in Dresden, die eigene Vertreterwahlen durchführen.

Satzungsänderungs-Antrag 04/02 - §4 Gliederung

Die Mitglieder der Hauptversammlung mögen beschließen, §4 Gliederung zu streichen und durch folgenden Paragraphen zu ersetzen.

§4 Gliederung

(1) Der Kreisverband kann sich entsprechend der Grenzen der Ortsamtsbereiche der Stadt Dresden in Ortsverbände untergliedern.

(2) Die Gründung eines Ortsverbands setzt voraus, dass

- 1. im Ortsamtsbereich des Stadtteils mindestens 100 Mitglieder der Piratenpartei Dresden ihren Wohnsitz haben und
- 2. diese auf einem Gründungsparteitag mehrheitlich für die Gründung des Ortsverbands stimmen.

Absatz 2 gilt nicht für Ortschaften in Dresden, die eigene Vertreterwahlen durchführen.

Satzungsänderungs-Antrag 05 - Gliederung der Satzung

Antragssteller: Daniel Riebe

Die Hauptversammlung möge beschließen die Gliederung der Satzung wie folgt zu ändern:

- § 1 Name, Sitz, Tätigkeitsgebiet
- § 2 Mitgliedschaft
- § 2a Erwerb der Mitgliedschaft
- § 3 Gliederung
- § 4 Kreisvorstand
- § 5 Hauptversammlung
- § 6 Urabstimmung
- § 6a Auswertung der Urabstimmung
- § 7 Finanzen
- § 8 Bewerberaufstellungen für Wahlen zu Volksvertretungen
- § 9 Ordnungsmaßnahmen
- § 10 Schiedsgerichtsbarkeit
- § 11 Änderungen dieser Satzung
- § 12 Auflösung des Kreisverbandes
- § 13 Salvatorische Klausel

Satzungsänderungs-Antrag 06 - §11 Finanzen

Die Hauptversammlung möge beschließen §11 Finanzen um folgende Absätze zu erweitern.

(5) Die Gelder aus der Parteienfinanzierung verbleiben zur Hälfte beim Kreisverband. Die andere Hälfte wird gemäß des Verhältnisses von stimmberechtigten Mitgliedern eines Ortsverbands zu stimmberechtigten Mitgliedern im Kreisverband an die jeweilige Untergliederung verteilt. Als Berechnungsgrundlage gelten die Mitgliedsdaten vom 31.12. des Vorjahres. Bei der Neugründung einer Untergliederung gilt der Stand zum Gründungsparteitag.

Satzungsänderungs-Antrag 07 - § 7 Urabstimmung

Antragssteller: Thomas Lische

Die Hauptversammlung möge beschließen §7 Urabstimmung zu streichen und an dieser Stelle folgende Paragraphen §7 Urabstimmung und §7a Auswertung der Urabstimmung zu ersetzen. Rechtschreibfehler dürfen bei der Hauptversammlung korrigiert werden.

§ 7 Urabstimmung

(1) Die Durchführung einer Urabstimmung ist beim Vorstand zu beantragen und hat den abzustimmenden Antragstext im Wortlaut (Beschlussvorlage) zu enthalten. Die Urabstimmung wird durchgeführt, sofern sich innerhalb von zwei Wochen mindestens 10% zum Antragsdatum stimmberechtigten Mitglieder

(*1) dem Antrag auf Urabstimmung per Email oder in Papierform

(*2) an den Vorstand angeschlossen haben.

(2) Beschlussvorlagen welche gegen geltende Gesetze, Rechte Einzelner, die Satzungen der Piratenpartei Deutschland, Sachsen oder Dresden, oder die Parteiprogramme dieser Ebenen verstößen sind ungültig und werden nicht zur Urabstimmung gestellt. Gegen Beschlussvorlagen die den Finanzaushalt der Piratenpartei Dresden tangieren, steht dem Schatzmeister ein Vetorecht zu.

(3) Das Erreichen des Quorums ist nach Ablauf der Frist vom Vorstand festzustellen (Feststellungsbeschluss). Wurde das Quorum erreicht, hat der Vorstand die Durchführung der Urabstimmung innerhalb von 21 Tagen nach Feststellung durchzuführen und abzuschließen.

(*3)

(4) Für die Durchführung der Urabstimmung bestimmt der Vorstand einen Wahlleiter. Der Wahlleiter kann für die Durchführung und Auszählung der Urabstimmung weitere Wahlhelfer bestimmen.

(5) Die Urabstimmung wird per Briefwahl durchgeführt. Die Briefwahlunterlagen sind jedem, zum Zeitpunkt der Antragsstellung stimmberechtigten Mitglied, per Post mindestens 7 Tage vor dem Ende der Urabstimmung zuzusenden.

(*4)

(6) Die Briefwahlunterlagen enthalten je ein:

1. Abstimmungsformular

2. Umschlag für Abstimmungsformular

3. Eidesstattliche Erklärung über die persönliche, unbeobachtete und unbeeinflusste Ausübung des Stimmrechts.

4. Rückumschlag

(7) Die Frist für die Rücksendung der ausgefüllten Briefwahlunterlagen beginnt mit dem Feststellungsbeschluss

(*5) und beträgt 21 Tage. Die Briefwahlunterlagen müssen bis spätestens 18:00 Uhr des 21. Tages in der Geschäftsstelle zugegangen sein (Fristende). Alle darüber hinaus zugehenden Stimmen sind ungültig.

§7a Auswertung der Urabstimmung

(1) Die Auszählung der Urabstimmung obliegt dem Wahlleiter und wird unmittelbar nach Fristende durchgeführt. Jedes Mitglied hat das Recht der Auszählung als unabhängiger Wahlbeobachter beizuwohnen. Über das Ergebnis der Urabstimmung informiert der Vorstand innerhalb von drei Tagen nach Feststellung durch den Wahlleiter.

(2) Bei der Auszählung sind festzustellen: • Die Zahl der versandten Urabstimmungsbriefe • Die Zahl der zum Auszählungszeitpunkt fristgerecht zurück gelaufenen Urabstimmungsbriefe

(*6)

• Die Zahl der abgegebenen Abstimmungsformulare • Die Zahl der abgegebenen gültigen Abstimmungsformulare • Die Zahl der auf eine Urabstimmungsfrage entfallenen Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen

(3) Abstimmungsformulare, denen keine gültige, unterschriebene eidesstattliche Erklärung beigefügt ist, sind ungültig. Enthaltungen sind gültige Stimmen.

(4) Die Beschlussvorlage der Urabstimmung gilt von den Mitgliedern als beschlossen, wenn mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen dafür sind und sich mindestens 25% der zum Antragszeitpunkt Stimmberechtigten Mitglieder daran beteiligt haben

(*7). Die Bestimmungen von §8 Absatz 1 bleiben hiervon unberührt.

Satzungsänderungs-Antrag 08 - §2 Mitgliedschaft

Antragssteller: Marcel Ritschel

Die Hauptversammlung möge beschließen, folgenden Punkt unter §2 Mitgliedschaft einzubinden :

(4) Die Mitgliederverwaltung obliegt dem Kreisvorstand. Der Vorstand bestimmt in seiner GO eine Person, die für die Pflege der Mitgliederdatenbank verantwortlich ist. Des Weiteren ist er verantwortlich für die Neuaufnahme der Mitglieder.